

Correspondent

Erscheint
Mittwoch, Freitag,
Sonntag,
mit Ausnahme der Feiertage.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich eine Mark.

XXX.

Leipzig, Dienstag den 20. Dezember 1892.

№ 147.

Bekanntmachung.

Der Vorstand und der Tarifausschuß des Deutschen Buchdrucker-Vereins haben sich mit einer Revision des seither gültigen Tarifs beschäftigt und demnächst die Prinzipale Deutschlands aufgefordert, diesen revidierten Tarif vom 1. Januar 1893 ab zur Einführung zu bringen und einzuhalten.

Der revidierte Tarif enthält in seinem ersten (materiellen) Teile keine Aenderungen, während der zweite Teil betreffs des Minimums der Druckorte bis zu 6000 Einwohnern und der Bezahlung der Ausgelernten von dem bisherigen Tarif abweicht.

Wenn wir auch einseitige Abänderungen des Tarifs nach den zwischen den beiderseitigen Vertretern getroffenen Abmachungen für ansehnlich halten, so soll doch andererseits berücksichtigt werden, daß die geplanten Reduzierungen zurückgezogen wurden, außerdem durch die Amtsniederlegung der Tarifvertreter z. B. beiderseitige Vereinbarungen erschwert waren.

In fernerer Berücksichtigung, daß es der Gehilfenschaft freisteht, jederzeit Abänderungen dieses Tarifs zu beantragen, glaubt der Vorstand zur Herbeiführung geregelter Zustände die Hand bieten und im Interesse des gewerblichen Friedens mit den augenblicklichen Verhältnissen rechnen zu sollen.

Wir eruchen daher die Mitglieder, gleichfalls den gegebenen Thatsachen Rechnung zu tragen und dadurch das Bestreben des Vorstandes, die Nachwehen des Kampfes zu beseitigen und Ordnung in tariflicher Beziehung herbeizuführen, zu unterstützen.

Inwieweit die Organisation für Durchführung dieses Tarifs zu wirken in der Lage ist, das wird von der Haltung der Prinzipale den organisierten Gehilfen gegenüber abhängen.

Berlin.

Der Vorstand des Unterstützungsvereins Deutscher Buchdrucker.

Zur Rekrutierung thätiger Mitglieder.

Das Thema, welches in diesen Zeilen den Leser des Corr. beschäftigen soll, wird zwar nicht sofort nutzbringend sein, aber es dürfte in der Folge dazu beitragen, daß jeder einzelne sich an dem Ausbau unsrer Organisation im allgemeinen wie im ortsbüchlichen Vereinswesen reger als bisher beteiligt.

Betrachten wir unsere Versammlungen. Besucht man eine solche, so muß es auffallen, daß man in der Regel nur einen kleinen Stamm alter Bekannter antrifft, während die Anzahl der Mitglieder des Vereins bedeutend größer ist. Mit hin erscheint es ganz natürlich, daß dem „kleinen Stamme“ nach der Versammlung wegen der von ihm gefaßten Beschlüsse von den nicht erschienenen Mitgliedern der Vorwurf gemacht wird, sie majorisieren zu wollen.

Wir werden also bestrebt sein müssen, dem unberechtigten Vorwurfe die Spitze zu nehmen und Mittel und Wege zu zeigen, die ein besseres Zusammenwirken aller herbeiführen.

Als Uebelstände erscheinen uns:

1. der säumige Besuch der Versammlungen,
2. die Teilnahmlosigkeit an den Verhandlungen.

Der Grund des Nichterscheinens in den Versammlungen ist meistens darin zu suchen, daß jeder einzelne denkt, durch sein Wegbleiben werde der Fortgang der Verhandlungen und die Weiterentwicklung der Organisation nicht im mindesten gehindert. Diese Annahme kann durch folgendes Beispiel widerlegt werden. Auf der Tagesordnung einer Vereinsversammlung standen sehr wichtige Punkte zur Erledigung. Ein Mitglied dachte wie oben die Säumigen, hielt auch, da er durch schwere Tagesarbeit müde geworden, sein Ausbleiben für gerechtfertigt; doch das bessere Ich siegte über die ankommende Schwäche und man fand den Kollegen abends an dem Plaze,

wo stets alle sein müßten. Der eine Punkt betraf die Aufhebung einer Institution; sie wäre, da mehrere Redner dafür eintraten, zum Beschluß erhoben und damit nicht nur eine wirkungsreiche Einrichtung beseitigt worden, sondern die Aufhebung hätte auch eine allgemeine Schädigung zur Folge gehabt. Durch kräftiges Eingreifen des oben erwähnten, noch rechtzeitig erschienenen Mitgliedes in den Gang der Verhandlung wurde die Gefahr, welche der Allgemeinheit drohte, beseitigt.

Das zweite Uebel ist die Teilnahmlosigkeit an den Verhandlungen. Man sollte doch meinen, in den wenigen Versammlungen, die unbedingt stattfinden müssen, sollte eine größere Aufmerksamkeit herrschen, aber auch hier muß wie über den Besuch Klage erhoben werden. Unter den Erschienenen kommen viele mit dem Gedanken, daß es nicht zu lange dauern möge, damit sie bald genug ihrem unvermeidlichen „Spielchen“ oder sonstigen Extravaganzen nachgehen können. Die jüngeren Kollegen wagen es nicht, ihre jeweilige Meinung öffentlich kund zu geben, weil sie zu wenig Einblick haben in unser Organisationsgewebe, weil sie zu wenig herangezogen werden zur Dienstleistung im Vereinsgetriebe und deshalb des Mutes und Zutrauens ermangeln. Somit bleibt die Debatte meistens auf wenige Rührige beschränkt, während die große Masse sich der Teilnahmlosigkeit schuldig macht.

Wie ist diesen Uebelständen abzuhehlen? Um eine allgemeine und rege Beteiligung an dem Ausbau unsers Gewerksvereins und für alle einen gründlichen Einblick in die inneren Vereinsangelegenheiten zu erreichen, sollen nachfolgende Vorschläge, welche der geehrte Leser des Corr. bei den nächsten Ortsvorstandswahlen gebührend berücksichtigen möge, zur Erwägung gebracht werden.

Seit Jahren beschäftigt uns der Gedanke, auf welche Art und Weise vorzüglich den jüngeren

Mitgliedern größeres Interesse für unser Vereinswesen einzuimpfen sei, so um immer wieder einen tüchtigen, wetterfesten Stamm heranzubilden.

Dieser Abicht sind wir durch die im Juni d. J. abgehaltene Generalversammlung des Gauwes Osterreich-Thüringen etwas näher gerückt. Dort kam eine Resolution zur einstimmigen Annahme, die darin gipfelte, daß die Bezirksvorstandschaften durch drei Beisitzer verstärkt werden sollen, welche namentlich aus den Reihen der jüngeren Kollegen heranzuziehen sind. Dazu wurde ausgeführt: Es wäre zu wünschen, daß die jüngeren Kollegen, nachdem sie die Lehre verlassen, sich mit den Vereinsangelegenheiten vertraut machen und deshalb zu den Sitzungen und der sonstigen Amtstätigkeit des Bezirksvorstandes als Beisitzer heranzuziehen seien. Es stehe zu hoffen, daß sich hierdurch das Interesse am Vereinsleben schon frühzeitig vertieft und somit eine Bürgschaft gegeben sei, tüchtige Mitglieder und Vereinsbeamte, an welchen letzteren es gegenwärtig sehr mangelt, zu erziehen.

Verallgemeinerte man diese Resolution (der Weimar bereits nachgekommen ist und hoffentlich gedenken ihrer auch die übrigen Bezirke bei kommender Neuwahl), so wäre für den so sehr notwendigen Einblick in unsere Vereinsverhältnisse Vorfrage getroffen, der jung aufsprühende Stamm unserer Mitglieder würde bei Zeiten an den Gewerksverein gefesselt, ihm würden die gewerkschaftlichen Ideen eingeträufelt und hauptsächlich zögen wir aus den Reihen der jüngeren Kollegen tüchtige Agitatoren.

Auch bei Veranstaltung von Festlichkeiten sollen die jüngeren Mitglieder herangezogen werden zur Mitwirkung und zum Arrangement von Aufführungen usw., damit sie von den, für manche verderblich werdenden Klubs und Klüßchens weggezogen werden und sich auf diese Weise im gewerkschaftlichen Kreise heimischer fühlen, wodurch die Interesslosigkeit und das Bekommensein schwinden wird.

Man könnte auch, wenn sich einige Mitglieder in den einzelnen Ortsvereinen fänden, welche die Leitung übernehmen, sogenannte Lesende einrichten, in welchen kleine gewerkschaftliche und andere Vorträge gehalten würden, an die dann eine ungezwungene Diskussion zu knüpfen wäre. Damit würde ohne jegliche Kosten manches Redner-talent erweckt, geschult und das Selbststudium gefördert sowie der Agitation ein ebenfalls nicht zu unterschätzender Dienst geleistet.

Denn es kann nicht genug getan werden, um Aufklärung in die Gehilfenschaft zu bringen. Der letzte große Kampf hat uns gelehrt, daß der Indifferentismus, die Unkenntnis, noch lange nicht ausgerottet sind; wir haben noch ein tüchtig Stück Land zu beackern und dazu gebrauchen wir Ackerleute. Ziehen wir uns solche heran, damit auch diese andere zu bilden vermögen, dann werden die vorgenannten Uebelstände bald beseitigt werden. Ein jeder wirke mit nach seinen Kräften, das Bewußtsein zu erwecken. Denn eine zielbewußte Masse ist eine größere Macht als gefüllte Klassen.

Korrespondenzen.

Berlin. (Schluß des Berichts über die Deffentliche Versammlung aus voriger Nummer.) Der zweite Punkt der Tagesordnung wurde der vorgeleiteten Zeit wegen vertagt und die Kollegen aufgefordert, ihre Klagen auf dem Bureau oder an Herrn Vestfed abzugeben. Dagegen wurde das Zirkular des D. V. B. betreffend die Unterstützungskasse für Arbeitslose, behandelt. Kollege Vestfed führte dazu aus, daß es eine Frucht des Kampfes sei, daß die Prinzipale in ihrer „Fürsorge“ für die Gehilfen nicht erlahmen und jetzt auch aus Kassengründen sich gelegt haben. Nach dem Zirkulare soll nur die zu gründende Kasse an unverschuldete Arbeitslose am Ort und auf der Reise 1 Mk. Unterstützung auf die Dauer von 140 Tagen zahlen. Das Recht auf diese Unterstützung bedingt eine Steuerzeit von 26 Wochen. Hand in Hand mit der Kasse soll auch die Arbeitsvermittlung gehen. Und so glauben die Herren das soziale Problem gelöst zu haben. Das, was der Gehilfenverein lange, lange Jahre getan hat, nennen sie heute gut und edel, damals suchten sie uns mit wahrer Wut zu vernichten. Außerdem lassen sie die Wohlthat nur einem Teile der Gehilfen zu gute kommen, während wir, es für alle getan haben. Durch solche Kassen ist auch das Uebel nicht aus der Welt geschafft. Die organisierte Gehilfenschaft, welche 7 Mk. zahlt, konnte damit nicht auskommen und der Berliner Verein sah sich genötigt, einen Zuschuß von 3,50 Mk. zu zahlen. Aber auch damit ist bei langer Arbeitslosigkeit nicht durchzukommen. Deshalb verlangen wir die Verkürzung der Arbeitszeit, um den vielen mühsigen Händen Beschäftigung zu geben. Und was thäten die Herren? Sie haben gelogen, betrogen, geschwindelt, dem Publikum Sand in die Augen gestreut! Die organisierte Gehilfenschaft tritt für Arbeitslose und Kranke ein und gewährt im Todesfall ein Begräbnisgeld. Von diesen Segnungen sollten die Gehilfen, die das miterstreben, damals abspenstig gemacht werden, heute glaubt man mit dem weniger, das geboten wird, die Gehilfen zu sich herüberzuziehen! Deshalb lasse sich keiner umgarnen! Wenn sie bei 26 Wochenbeiträgen solche Unterstützung zahlen wollen, so werden sie sehen, daß in weniger denn einem Jahre die Kasse bankrott ist. Die Kollegen werden sich dem auch im großen und ganzen fernhalten. Wir haben nur das getan, was der Allgemeinheit zu gute gekommen ist, hier beschließt aber der Selbstsack und der kennt kein Allgemeinwohl. So lange aber ein Teil der Gehilfenschaft seine Klassenlage nicht erkannt hat, wird es auch nicht besser werden. Nur mit einem, der keiner Organisation angehört, kann die Prinzipalschaft machen was sie will. — In der sich anschließenden Diskussion wurde ausgeführt, daß die Prinzipalschaft heute nach einem Jahr erklärt, daß Arbeitslosigkeit vorhanden, was bei der Bewegung nicht der Fall gewesen sein sollte. Was die Kasse angehe, so brauchen wir keine Brocken, wir erlumpfen uns, was wir brauchen. Männer wollen wir wie bisher sein und nicht Schuhputzer der Herren. Jeder Kollege, der es mit sich und seiner Familie ernst meine, müsse sich der Organisation anschließen und zwar derjenigen, welche von der Gehilfenschaft geleitet wird. — Unterm dritten Punkte der Tagesordnung teilte der Delegierte der Streikfontroll-Kommission mit, daß in jüngster Zeit die Korbmacher streikten und empfahl die Unterstützung derselben. Ebenso seien die Schuhmacher von Mauß, Oranienstraße, ausständig und Unterstützung sei hier ebenfalls am Platze. Nachdem noch auf Eintragung in die Listen zur Werbergerichtswahl, welche am 20. Februar statt-

findet, aufmerksam gemacht worden war, erfolgte die Auffstellung von Ersatz-Kandidaten zu dieser Wahl. Als solche wurden die Kollegen Höppner, Karl Pasewaldt und Latsh gewählt. — Es wurde noch bekannt gegeben, daß beratige Versammlungen in Zukunft öfter stattfinden werden, auch habe sich Genosse Liebnicht zu einem Vortrag über „gewerkschaftliche und politische Bewegung“ bereit erklärt. Mit einem dreifachen, brauendsten Hoch auf die Solidarität aller im Buchdruckgewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen erfolgte gegen 1/3 Uhr der Schluß der Versammlung.

r. Bonn, 10. Dezember. Die heutige Versammlung der Mitgliedschaft Bonn war sehr zahlreich besucht. Der Vorsitzende hatte sein Amt niedergelegt, die Wahl eines solchen wurde aber bis Neujahr verschoben, da dann der Vorstand ohnehin von den neuen Verband neu gewählt werden muß. Für die Erledigung der Punkte: Bibliothekfrage, Vereinslokal, Herbergswesen und einige andere lokale Sachen wurde eine Kommission gewählt. Bei dem Punkte: Die Lage des Vereins, entwickelte sich eine lebhafteste Diskussion. Unter anderm teilte der Kassierer mit, daß vom Gau- und Zentralvorstande vier Zirkulare an die Mitgliedschaft Bonn gekommen seien, die jedoch vom Vorsitzenden nicht zur Kenntnis der Mitglieder gebracht wurden, jetzt kämen sie zu spät. Bei Besprechung über die Gauvorsichterkonferenz gelangte bezüglich des graphischen Kartells folgende Resolution zur Annahme: „Die Mitgliedschaft Bonn ist mit dem Beschlusse der Konferenz der Gauvorsichterkonferenz bezüglich des graphischen Kartells folgende Resolution zur Annahme: Die Mitgliedschaft Bonn ist mit dem Beschlusse der Konferenz der Gauvorsichterkonferenz bezüglich des graphischen Kartells nicht einverstanden und erucht den Zentralvorstand, dafür zu sorgen, daß der U. V. D. B. an den Beschlüssen der Generalversammlung in Stuttgart festhält, besonders wo die Buchdrucker zu einer Vereinigung in Unionen resp. Kartells den ersten Anlaß gegeben haben; schließlich würden die Beschlüsse der Generalversammlung ganz zu Wasser. Die anderen Mitgliedschaften ersuchen wir in dem gleichen Sinne zu beschließen.“ Im Anschlusse hieran wurde zur Kenntnis gebracht, daß der Verein der Lithographen und Steindrucker hier selbst zu dieser Frage Stellung genommen habe, deshalb sei die Mitgliedschaft Bonn des U. V. D. B. zu einer Versammlung jenes Vereins eingeladen. Eine Versammlung sämtlicher im graphischen Gewerbe beschäftigten Personen ist für den 8. Januar 1893 geplant. (Wenn die Mitglieder allgemein die Einhaltung des ursprünglichen Termins für Abschluß des Kartells verlangten und die anderen graphischen Verbände dazu bereit wären, was noch nicht völlig klar gestellt ist, könnte der Plan ja verwirklicht werden. Für unsere Kollegen käme aber die Steuer von 5 Pf. mit in betracht, denn die Finanzverhältnisse des Vereins gestalten es nicht, daß jetzt schon 5 Pf. des gegenwärtigen Beitrags an das Kartell abgeführt würden. Red.)

Th. Bremen, 11. Dezember. Am heutigen Tag erstattete unser Gauvorsichterkonferenz, Herr Rosenlehner, in einstündigem Vortrage Bericht über die Gauvorsichterkonferenz in Halle. Derselbe bemerkte, daß diese Konferenz sich als notwendig erwiesen habe, um bei dem demnächstigen Inzidentreten des Verbandes in allen Gauen eine einheitliche Geschäftsführung herbeizuführen und um etwaige Unklarheiten zu zerstreuen. Es ist wohl nicht nötig auf das Referat hier näher einzugehen, da schon an anderer Stelle zur Sache berichtet wurde. Nach eingehender Debatte über das Referat gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die am 11. März tagende Versammlung des Bezirksvereins Bremen spricht sich ganz entschieden gegen den Antrag Berlin aus, die Unterstützung für Kranke auf 10,50 Mark zu bemessen und erklärt, nach wie vor an dem Prinzip festhalten zu wollen, für alle nicht arbeitenden Kollegen die Unterstützung gleichmäßig zu bemessen. Die Versammlung erklärt des weitern, daß sie an den Abmachungen, welche bei Beendigung des Streiks zwischen Prinzipals- und Gehilfenvertretern festgestellt wurden, auch fernerhin festhält und protestiert gegen das Vorgehen der Leitung des Deutschen Buchdrucker- (Prinzipal-) Vereins, die Tarifffrage einseitig zu regeln. Sie spricht die Erwartung aus, daß die Prinzipale Bremens sich diesem Vorgehen nicht anschließen werden, um so mehr, da die Gehilfenschaft wiederholt bewiesen hat, in Verhandlungen zwecks Regelung der Lohnfrage einzutreten. Ferner spricht die Versammlung über das Vorgehen des Herrn Dr. Schmidt in der Invalidentafsenangelegenheit die entschiedenste Mißbilligung aus und erklärt, daß sie auch fernerhin dem Vorstande der Kasse betr. Wahrung der Rechte der Mitglieder ihr volles Vertrauen entgegenbringt.“ Bei der Debatte über die einzelnen Punkte rief die Mitteilung große Heiterkeit hervor, daß Herr Dr. Schmidt das Streitobjekt bei der Invalidentafse auf 1600 Mark ermäßigt habe. Es wurden sodann noch verschiedene Mitteilungen in betreff des Uebertrittes zur Ortskrankentafse gemacht, z. B. daß die hiesige Ortskrankentafse vom 1. Januar 1893 für 26 Wochen Krankengeld bezahlt und zwar für die 1. bis 5. Woche 9 Mark, 6. bis 13. Woche 12 Mark und für die 14. bis 26. Woche wieder 9 Mark. Vom Kassierer wurden sodann die Mitglieder ersucht, etwaige

Reste noch bis zum Jahreschlusse zu begleichen, damit er die Abrechnung so bald als möglich abschließen könne. Der interessanten Versammlung folgten einige gemüthliche Stunden.

Dresden. Am 10. Dezember fand im großen Saale des Arionons hier eine Allgemeine Buchdrucker-versammlung statt. Herr Steinbrück referierte über die geplante Unterstützungskasse der Prinzipale. Wir geben dessen Ausführungen in Kürze wieder: Die Prinzipale wollen nun mit der Reise- und Arbeitslosentafse doch noch Ernst machen, während für die Invalidentafse zunächst der Dr. Schmidt arbeitet. Auch für den Lehrling im letzten Lehrjahre werden 20 Pfennig in die Kasse gezahlt, damit er nach dem Auslernen bezugsberechtigt ist und nicht für die Gehilfenklassen eingezogen wird. Von einer Mitwirkung der Gehilfen an der Verwaltung ist in der Bekanntmachung des D. V. B. keine Rede. In einer Zeit, wo die Arbeiter sich bemühen, an allen öffentlichen Verwaltungen, wie Staat und Kommune, teilzunehmen, bedeutet dies für die Gehilfenschaft einen Schlag ins Gesicht. Die Prinzipalschaften sollen den Zweck haben, „einer mißbräuchlichen Ausbeutung der Notlage einzelner durch agitatorische Umtriebe vorzubeugen.“ Ein Gehilfe aber kann doch nicht die Notlage eines Gehilfen ausbeuten, dies kann doch nur ein Prinzipal. Die Bestrebungen der organisierten Gehilfen gehen auf Beseitigung der Notlage; keinen andern Zweck hatte unsere letzte stolze Bewegung. Die Führer der Prinzipale sagen aber, daß die Notlage der Gehilfen zur gesellschaftlichen Ordnung gehöre und, daß das Unterstützungswesen von den agitatorischen Einflüssen der mit der heutigen gesellschaftlichen Ordnung unzufriedenen Elemente unabhängig gemacht werden müsse.“ Die Prinzipale brauchen die Arbeitslosigkeit, um in den paar Wochen, wo das Geschäft gut geht, stets genügende Kräfte zur Verfügung zu haben. Haben aber die Prinzipale mit ihren Kassen Glück und wird der Kampforganisation der Gehilfen der Wind aus den Segeln genommen, so werden die agitatorischen Einflüsse auf Beseitigung der heutigen „Ordnung“ nicht schwächer, sondern stärker. Dieser Erfolg der Prinzipalschaften ist also vereitelt. Als weiterer Grund muß herhalten, daß man diejenigen Gehilfen, welche während der Bewegung „treu“ zu den Prinzipalen gestanden haben, unterstützen wolle. Die Treue ist aber mit Unterschied zu nehmen. Die unwandelbare Treue derjenigen Kollegen, die sich miteinander verbunden haben, gegen die Not der Gehilfenschaft anzukämpfen, ist eine ideale, aber die Treue eines Streikbrechers verdient die unangenehme Definition des Philosophen Fichte; diese Treue ist eine ungerechte und die Prinzipale sollten sie nicht verlangen. Die Prinzipale waren in der Mehrheit früher Gehilfenführer oder Faktore, bei ihrer Etablierung haben sie oft aus der bis dahin inne gehaltenen Stellung die Hälfte der Kundschaft an sich gerissen. Bedeutet das Treue? Weiter spricht die Bekanntmachung davon, daß die Prinzipalschaften den Arbeitsnachweiser angepaßt werden sollen — dadurch werden die schwarzen Listen überflüssig; an deren Stelle tritt die Stammmrolle der Getreuen. Das beste aber ist, daß nur derjenige Unterstützung erhält, der unverschuldet arbeitslos wird. Wer dem „Vorgelegten“ widerspricht, wird entlassen — Arbeitslosigkeit selbstverschuldet. Wer sich beim Faktor mißlieblich gemacht hat, wird provoziert, es fällt ein scharfes Wort zur Entgegnung — Entlassung und selbstverschuldete Arbeitslosigkeit. Und wie herrlich, wenn es gelingt, die Gehilfenklassen zu beseitigen! An einen Streit kann nicht mehr gedacht werden, denn bei solcher Arbeitslosigkeit stellt die Prinzipalschaft selbstverständlich die Zahlung ein. Und nun erst die armen Opfer einer einseitigen Ausbildung; diese können, sobald man sie nicht mehr braucht, jeden Augenblick selbstverschuldet entlassen werden. Diese letztere nach allen Richtungen hin dehnbare Klausel läßt von der so oft und rühmlichst erwähnten Opferwilligkeit der Prinzipale nichts erbliden. Durch dieses „unverschuldet“ wird man einem großen Teile die Wohlthat einer Unterstützung entziehen und zwar aus Sparamkeitsrücksichten, damit die Ausgaben nicht so enorme werden als nach dem Stande der großen Arbeitslosigkeit zu erwarten steht. Herr Wiener schreibt von einer „menschenfreundlichen Opferwilligkeit“, die sich bei diesen Prinzipalsprojekten zeige; dies darf man nicht zu voll nehmen; wäre es der Fall, so könnten die Prinzipale dies viel leichter haben dadurch, daß sie die Beiträge der Unterstützungskasse der Gehilfen zumommen ließen und dann diejenigen, welche sie um Unterstützung angehen, an die Gehilfenkasse verweisen. Redner erinnert an die Beiträge zur staatlichen Invalidentafse und an die neu hinzukommenden der Ortskrankentafse und meint, der Egoismus der Prinzipale werde sie an der Ausführung hindern; eine allgemeine Beteiligung der Prinzipale sei nicht zu befürchten. Trotzdem müsse die Gehilfenschaft die Augen offen haben. Er stehe auf dem Standpunkte, keinen Groschen zu bewilligen. Wir wollten keine Almosen, wir wollten auskömmlichen Lohn und unsere Beiträge selbst zahlen, denn zuletzt müsse doch der Gehilfe diese Beiträge bezahlen; der Lohn werde

so weit herabgedrückt werden, daß das Zahlen der Beiträge, diese Wohlthat, nur eine solche zum Schein sei. Das Reduzieren des Lohnes könne selbstverständlich erst dann vorgenommen werden, wenn durch diese Klassen die Gehilfenschaft sich habe einfließen lassen. Der Referent erwartet, daß der Mannesstolz, der Trieb zur Selbständigkeit der Gehilfen sich nicht zu solcher Handlungsweise herbeilassen werde. Das Ansinnen der Prinzipale dürfte an der bei der letzten Urabstimmung deutlich zu Tage getretenen Einmütigkeit der Gehilfen abprallen. Referent schloß mit der Parole: „Diesen Klassen keinen Groschen.“ — Alle nachfolgenden Redner bekundeten ihr Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten und folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute im großen Saale des Trianon's versammelten Buchdruckergehilfen Dresdens stehen nach wie vor auf dem Boden der freien Selbsthilfe; sie erachten dieselbe, wenn der Staat nicht die Initiative ergreift, als das einzig Erspriechliche für jeden freien Arbeiter. Was die geplanten Unterstützungsanstalten der Prinzipale anbelangt, so sind dieselben für jeden Buchdruckergehilfen unannehmbar, weil irgend ein Bestimmungsrecht zu diesen Klassen den Gehilfen nicht zugestanden ist. Alle der Organisation nicht angehörenden Buchdruckergehilfen sind für den Verband anzuwerben.“ — Als Vertreter bezw. Stellvertreter zum Vereiner Dresdener Gewerkschaftskommission wurden die Kollegen Joseph und Schaffrath gewählt. Herr Steinbrück hatte sein Mandat niederzulegen.

Elberfeld. Nachdem nun endlich in den Spalten des Corr. die Berichte aufgetaucht sind, welche ich erwartete, ist es für mich an der Zeit, ebenfalls der Allgemeinheit, nicht den Artikelschreibern gegenüber meinen Standpunkt zu präzisieren und die vorgebrachten Anschuldigungen als das hinzustellen was sie sind, nämlich aus dem von mir Gesagten herausgegriffene einzelne Worte, dazu dienend, aus ihnen gegen mich und meine „Genossen“ Kapital zu schlagen. Auf dem Standpunkte stehend, daß die jetzige Form der Organisation nicht im Stande sein wird, der Uebermacht des Kapitalismus Stand zu halten, erklärten wir uns in der hiesigen Gewerkschaftskommission im Prinzip für die Anbahnung der lokalen Massenorganisation mit einem Vertrauensmännersystem; anzunehmen, daß wir den Willen hatten, der Resolution gleich die That folgen zu lassen, ist eine Aburteilung, die jedem denkenden Menschen nur ein Lächeln abnötigen kann. Zum Beweise dafür dient, daß besagte Resolution noch heute in der Kommission sowohl wie in den einzelnen Gewerken eine offene Frage bildet und nur zur Diskussion gestellt wird, um die Ansichten über diese Frage zu klären. Nun ergriff ich in der in Barmen abgehaltenen Versammlung als Delegierter zur Gewerkschaftskommission die Gelegenheit — durch Ausschluß des Elberfelder Vorstandes von der Vorberatung der Tagesordnung war dies vorher nicht möglich gewesen —, um die Kommissionsresolution mit zur Debatte zu stellen und uns so des uns gewordenen Auftrages zu entledigen und betonte gleichzeitig in der Begründung, daß es sich durchaus nicht um einen Beschluß, sondern lediglich um eine prinzipielle Diskussion handle. Hätte sich Herr Döblin den Elberfeldern gegenüber ohne jede Voreingenommenheit gezeigt, so hätte er den Saal nicht zu verlassen brauchen, würde sogar event. die Mehrheit gegen die Resolution zu gunsten unserer Organisation auf seiner Seite gehabt haben; dann wäre die Aufgabe der Delegierten erledigt gewesen, indem dieselben weiter nichts zu thun hatten als in der nächsten Sitzung der Kommission den gefaßten Beschluß mitzuteilen. Daß wir „Vernunftgrund“ nicht mehr zugänglich sein sollten, wird besser heißen: „Diktatur“! Auf das Gefolge beim Verlassen des Saales braucht Herr Döblin nicht stolz zu sein, drei Viertel der Anwesenden, auch Barmer, blieben im Saal und führten die Versammlung zu Ende. Wenn Herr Döblin meint, wir streben nach Posten und Führerrollen, so ist er gewaltig auf dem Holzwege. Wir haben bewiesen und beweisen es tagtäglich, daß wir in Reich und Glied zu kämpfen gewohnt sind und rickhaltlos mit Hintansetzung jedes persönlichen Interesses in jeder freien Stunde unsere Schuldigkeit nicht allein in der Organisation thun. Der Jobann gegen mich geschleuderte Vorwurf, ich wolle den Gewerksverein schädigen oder vernichten, ist an sich schon ganz allein widerlegt, da mir jeder Kollege gern bezeugen wird, daß ich in bezug auf Agitation usw. für unsere Organisation das menschenmögliche geleistet habe und noch leiste. Gleichzeitig erlaube ich mir jedoch stets das Recht einer freien scharfen Kritik. Die „klassischen“ Worte in der Elberfelder Versammlung Herrn Schöred gegenüber waren mir sozusagen von demselben in den Mund gelegt, indem er sagte: „Wenn sechs Zbanek im Gau wären würde unsre jetzige Organisation bald zu Grunde gehen.“ Vorher hatte ich jedoch in bezug auf die Stuttgarter Generalversammlung erklärt, daß es selbstverständlich unser Streben sein müsse, vorwärtsschreitend mit dem sich immer mehr entwickelnden Klassenkampf der Arbeiter gegen die Uebermacht der kapitalistischen Herrschaft eine Organisationsform zu schaffen, die alle in sich vereine, da wir nur einen

gemeinsamen Kampf und ein gemeinsames Ziel haben; sei dieses Ziel einer gemeinsamen Organisation erreicht, so sei unsre jetzige Organisation ein überwundener Standpunkt. Hiermit sind die Herrn Schöred sodann zuzugreifen Worte: „Das wollen wir auch!“ erledigt. Meine Erklärung im hiesigen Ortsverein in bezug auf den verlorenen Streit lautete ungefähr: „Ich freue mich, daß die Lohnbewegung so verlaufen, d. h. der Streit verloren gegangen ist, weil derselbe den Buchdruckern hofentlich, besonders in bezug auf die Schaffung einer andern Organisationsform, eine Lehre sein und dem Kampfesgeiste das Gefühl der Solidarität mit den Arbeitern aller Branchen entgegenzusetzen wird.“ In diesem Sinne meine Ausführungen; wer meine Thätigkeit vor, während und nach der Bewegung kennt, wird die Worte verstanden haben. Die zwischen Barmen und Elberfeld bestehende Gerechtigkeit ist schon sehr alten Datums, bestand schon, wo fast keiner der jetzigen Mitgliedschaft am Ort anwesend war und besteht auf allen Gebieten des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens. — Wenn nun schließlich noch ein H.-Korrespondent mit der so geschmackvoll zubereiteten Kost eines Ausschluß-Antrages kommt, so hat die Elberfelder Ortsversammlung, da sie den H.-Anonymus gleich erkannt hat, einstimmig den Artikel verdammt und sich mit mir und den angegriffenen „Genossen“ solidarisch erklärt. Otto Zbanek. (Zu seiner Rechtfertigung und der Unparteilichkeit wegen erteilten wir dem Kollegen Z. das Wort, obwohl er neues in der Angelegenheit kaum vorbringen konnte. Nun hoffen wir aber, daß die Hartnäckigkeit in der Polemik auf beiden Seiten ihr Ende erreicht hat. Den Schwesterstädten rufen wir zu, sich, wie es das Interesse organisierter Kollegen und Arbeiter bedingt, zu einigen. Red.)

K. Leipzig, 11. Dezember. (Versammlungsbericht.) In der am 9. d. M. abgehaltenen Vereinsversammlung berichtete der Vorsitzende unter Vereinsmitteilungen über die Gauvorsitzer-Konferenz in Halle, verlas sodann aus der Zeitschrift einen Artikel, in welchem die Dreiviertel-Mehrheit der Abstimmung über die Auflösung des U. B. D. B. angezweifelt wird (weiterer) und verwies auf den darin publizierten Prinzipalstarif, der als ein Zugeständnis an die organisierte Gehilfenschaft zu betrachten sei, indem man gegnerischerseits von den meisten der geplant gewesenen Reduktionen Abstand genommen habe. — Den zweiten Punkt der Tagesordnung, Besprechung über die Reform und Wahl eines Redakteurs, leitete der Vorsitzende mit Bekanntgabe einer Zusammenstellung der Abrechnung für die ersten drei Quartale ein, wonach ein Defizit von etwa 1000 Mk. zu verzeichnen ist; er forderte auf, bei Besprechung über die Thätigkeit des Redakteurs, dessen Amtsjahr zur Reize gehe, zugleich in eine Diskussion betreffs Weitererscheinens des Blattes einzutreten und bemerkte, daß der Vorstand in dieser Angelegenheit keinen Beschluß gefaßt habe, sondern den Entscheid in die Hände der Versammlung lege. In der Debatte beteiligte sich eine größere Anzahl Kollegen, so daß in dieser Sache wohl nach allen Seiten hin Klärung geschaffen wurde. Bezüglich der Thätigkeit des Redakteurs wurde dessen Schreibweise sowie Füllstoff bemängelt; andererseits wurde die geringe Mitarbeiterkraft hervorgehoben und der Ton des Blattes gebilligt, denn die hiesigen Prinzipale, Faktoren usw. bekamen durch dasselbe nur die Wahrheit zu erfahren. Der Redakteur erwiderte, daß er anfangs höflicher geschrieben habe, aber er habe, als man trotzdem seine Person in der niedrigsten Weise verunglimpfte, in urwüchsigter Weise geantwortet und damit die Genugthuung erhalten, daß er nunmehr in Ruhe gelassen werde. häufigen Füllstoff stellte derselbe in Abrede. Von verschiedenen Seiten wurde die Zwecklosigkeit des Weitererscheinens der Reform zu beweisen gesucht. Der Korrespondent erfüllte alle Wünsche, auch sei sein Verbleiben in Leipzig beschloffen worden, so daß nach dieser Richtung die früher bestehenden Einwände gefallen wären; ferner wäre es dringend notwendig, daß die Anschauungen der hiesigen Buchdrucker durch den Corr. Verbreitung fänden, damit die übrige Kollegenschaft sich von den Vorkommnissen in Leipzig eine richtige Vorstellung bilden könne, wie auch umgekehrt der Blick der Nur-Reformler auf das große Ganze gerichtet werden sollte. Die Entbehrlichkeit des Blattes werde durch die geringe Abonnentenzahl bewiesen, es reiche nicht einmal als Publikationsorgan aus, da trotz seiner im Laufe des Jahres viele Zirkulare notwendig gewesen seien. Diese doppelten Ausgaben könne man vermeiden, wenn man entweder den Inzeratenteil des Corr. oder des hiesigen Arbeiterblattes benutze oder aber wöchentlich ein Zirkular an die Mitglieder verteile, wie das andere größere Mitgliedschaften bereits eingerichtet haben. Beantwortet wurde von dieser Seite, angesichts der schwachen Versammlung eine Urabstimmung darüber vorzunehmen, ob die Reform eingehen solle oder nicht; ein Antrag, die Angelegenheit zu vertagen, wurde nicht unterstützt. Diesen Ausführungen trat die Mehrzahl der Redner entgegen. Zunächst erklärte sich das Defizit aus den Machinationen der Gegner, die das Blatt nicht in die Druckereien hinein-

lassen und aus dem infolge Bezahlung des Gehilfen-tarifs höheren Herstellungspreise. Eine Reihe von Jahren habe die Reform Ueberflüsse gemacht und bei Beginn der Agitation für den Verband werde sie gute Dienste leisten können und ihre Abonnentenzahl wieder steigen. So mancher Meinungsaustausch sei aus tatsächlichen Gründen unterblieben und man habe nicht die Garantie, daß alle Anschauungen im Corr. Wiedergabe finden würden. (?) Ein wachsame Auge müsse man darauf richten, daß wir nicht wieder in das jumpfige Fahrwasser einer Tarifgemeinschaft lämen, auch in bezug auf die Errichtung der Graphischen Union kein allzu langsame Tempo eingeschlagen werde. Die beantragte Urabstimmung wurde bekämpft, die Kollegen hätten in die Versammlung zu kommen; die Erschienenen seien kompetent, den Tagesordnungspunkt zu erledigen. Dem Hinweis, daß nicht die Abonnenten, sondern der Verein die Mittel zur Herstellung des Blattes beschaffe, wollte man mit dem Antrage begegnen, daß die Reform bei Weiterbestehen obligatorisch zu machen und die Mitgliedssteuer demgemäß festzusetzen sei. Sowohl dieser Antrag wie auch der auf Urabstimmung wurden abgelehnt; es bleibt demnach beim alten. Da ein Kandidat für den Redakteurposten sich aus der Versammlung nicht fand, wurde eine dreiköpfige Kommission gewählt, die der Kollegenliste einen geeigneten Kandidaten zur Urwahl vorzuschlagen hat. — Der dritte Punkt, Abänderung der Normativbestimmungen, konnte definitive Erledigung wegen der ausstehenden Abstimmung über die Leistung des Verbandes in Krankheitsfällen nicht finden, deshalb ermächtigte die Versammlung den Vorstand, die mit Inzidentreten des Verbandes notwendig werdenden redaktionellen Änderungen vorzunehmen; die Festsetzung der Leistungen bleibt einer spätern Versammlung vorbehalten. Die Punkte 4 und 5 der T=D. wurden nach Annahme eines statutarisch notwendigen Dringlichkeitsantrages zur Beratung zugelassen. Der noch rüstigen Witwe M. wurde eine Abfindungssumme von ausnahmsweise 500 Mark bewilligt. Als Mitglied der Liquidationskommission des U. B. D. B. wurde Herr Eisler in Berlin für den Gau Leipzig gewählt. — Bei Besprechung der Vereinsmitteilungen wünschte man bezüglich der Krankenunterstützung im Verbands, daß sich die Mitglieder bei der Abstimmung für 7 Mark entscheiden möchten, indem dadurch kleineren Gauen die Steuer möglichst niedrig bemessen bleibe und agitatorische Gründe in erster Linie zu berücksichtigen seien. Waldbmöglicht soll die Zentralkasse die Beiträge für die Konditionslosen übernehmen. Eine Anfrage betreffs des „Reizches“ des Dr. Schmidt in Stuttgart wurde in befriedigender Weise erledigt. In bezug auf die Graphische Union wurde gewünscht, daß der Zentralvorstand veranlaßt werde, den Monita verwandter Gewerkschaftsblätter gegenüber öffentlich seine Stellung zu präzisieren, denn es müsse dahin gestrebt werden, daß die stärkste Organisation auch die Fäden in die Hände bekomme. Schließlich wurde nochmals darauf hingewiesen, daß Resistanten jebensfalls nicht sofort im Verbands bezugsberechtigt würden, die Begleitung von Neuten liege daher im eignen Interesse der Mitglieder. Nachdem noch seitens der örtlichen Tarifkommission die Besprechung des Prinzipalstarifs in einer demnächst einzuberufenden Allgemeinen Buchdrucker-Versammlung angehängt worden, erfolgte Schluß der Versammlung, die wohl die letzte der Mitglieder des U. B. D. B. gewesen sein dürfte. Möchten sich die Versammlungen der Verbandsmitglieder im neuen Jahre stets eines guten Besuches zu erfreuen haben!

§ Nürnberg, 12. Dezember. Die am Samstag abgehaltene Versammlung war — was schon seit langem nicht der Fall gewesen — sehr zahlreich besucht. Es wurde, da Mitte Februar nächsten Jahres fünf- undzwanzig Jahre seit Gründung der hiesigen Mitgliedschaft verfloßen sind, die Abhaltung eines Herrenkommerzes zur Jubiläumsfeier beschloffen, bei welchem der Gesangsverein Typographia mitwirken wird. — Der Vorsitzende gab sodann ein klares Bild über die zukünftige Gestaltung der Krankenunterstützung und behauerte, daß der Antrag Berlin auf Zahlung von 10,50 Mark an Arbeitsunfähige nicht schon früher gestellt wurde; die Vertrauensmännerkonferenz in München wäre dann überflüssig gewesen. Redner sprach sich für den Antrag des Gauvereins Berlin aus und brachte folgende Resolution zur Verlesung, welche nach kurzer Debatte einstimmig angenommen wurde: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit dem Antrage des Gauvereins Berlin: Festsetzung der Unterstützung an Arbeitsunfähige auf 10,50 Mark einverstanden, jedoch unter der Bedingung, daß im Falle der Annahme dieses Antrages die Beschlüsse der Münchener Vertrauensmännerkonferenz in Beziehung auf die Krankenunterstützung aus Gaumitteln außer kraft gesetzt werden. Ferner ist die Versammlung mit den von der Zentralvorstandschaft vorgeschlagenen Steuerätzen im Falle Krankheit oder Konditionslosigkeit einverstanden.“ — Die Opfer der Neunhunderbewegung haben wir hier gottlob alle untergebracht.

Kundschau.

In Neuchâtel legten am 13. Dezember sämtliche Kollegen bis auf einen die Arbeit nieder, weil ein von ihnen vorgelegter Tarif von den Prinzipalen zurückgewiesen wurde. Diese letzteren planten vielmehr die Einführung eines ihrerseits aufgestellten, mehrere Reduktionen enthaltenden Tarifs für den 1. Januar.

In dem Konkurrenzstampe der Fachblätter des Buchdruckgewerbes, der den Abnehmern sehr zu gute kommt, hält das älteste derselben, das Baldowsche Archiv, seine Position nach wie vor wacker inne. Das sechste erschienene erste Heft des 30. Bandes bietet in dem Titel, Erinnerungsblatt und dem Ausdruckblatte der Diana-Briefumschläge prächtige Perlen der Typographie. Der Herausgeber präsentiert sich im Jubiläumshäfte in einem feinen Porträt der trefflichen Anstalt von Körner & Dietrich in Leipzig. Gediegen ist die Schriftprobe der Klobergschen Tritonen-Einfassung, einer neuen Musterleistung des Gießereifaches. Die kleine Probe der Kleinhardtischen Messingzerzeignisse u. a. m. bereichern das Heft noch besonders, das gleichwie die folgenden auch einzeln zu haben ist.

Presse und Literatur.

Verurteilungen. Der Magdeburger Volksstimme hand man die Ente auf, daß ein Soldat die Arbeiter-Marxheilige gesungen und dieserhalb verhaftet worden sei. Das kostet dem Blatte 100 Mark Strafe außer den Gerichtskosten. In einem andern Falle war die Behandlung eines Genossen im Gefängnisse Gegenstand eines Artikels gewesen. Dadurch fühlte sich die Staatsanwaltschaft beleidigt und beantragte für den Redakteur sowohl wie für den Verfasser je ein Jahr Gefängnis. Der Gerichtshof begnügte sich aber mit einem Monate Gefängnis für den Verfasser und 200 Mk. für den Redakteur. Dasselbe Blatt hat seinerzeit in Pariser Briefen aus dem Tagebuch einer Erziehlerin nach der Anklage die christliche Kirche und den Stand der Geistlichkeit beschimpft. Ein Revisionsantrag hatte zwar Erfolg, so daß noch einmal verhandelt werden mußte, aber es blieb bei der erstmalig verhängten Jahrlängigkeitsstrafe: 50 Mark. — Die Frankf. Ztg. hat 25 Mk. zu zahlen wegen Beleidigung des Redakteurs der Frankfurter Volksstimme. Letztere hatte zur Zeit des Buchdruckerstreits die Mitteilung gebracht, der Mitteilungsleiter der Frankfurter Societäts-Druckerei, W. L. Beer, habe einem neu engagierten Seiger erklärt, daß dieser sich bei Vermeidung der Entlassung jeder Thätigkeit für den Unterstützungsverein der Gehilfen zu enthalten habe. Herr B. fandte dem Blatt eine Berichtigung, die in der Volksstimme auch zum Abdruck kam, aber mit dem Bemerkten, sie, die Volksstimme, halte trotzdem ihre Behauptung aufrecht. Da Herr B. der wissenschaftlichen Behauptung unwahrer Thatsachen bezichtigt wurde,

antwortete die Frankfurter Zeitung mit der Erklärung, die anfängliche Klage der Volksstimme werde hierdurch zur freien Verleumdung. Daß dieser Vorwurf ein unbegründeter, dafür wollte der Kläger den Wahrheitsbeweis antreten, Zeuge Karl Dominé hat die Nachricht aber nur vom Hörensagen und die Benennung des eigentlichen Urhebers derselben als Zeuge ist aus Versehen zu spät erfolgt. Inzwischen scheint der Gerichtshof die Behauptung doch als erwiesen angesehen zu haben, denn er bezeichnete nicht nur die Strafe als eine sehr milde, weil die Frankf. Zeitung durch die Volksstimme gereizt worden sei, sondern wies auch die vom Beklagten erhobene Widerklage ab. — Die Mannheimer Volksstimme hat den Besitzer eines Etablissements für Eisenbahnbedarf beschuldigt, gefälschte Schienen verwendet zu haben. Das kostet 60 Mark. — Die Beleidigung eines Landgerichtsdirektors brachte dem Redakteur der Breslauer Volksmacht 8 Monate Gefängnis. Das Vergehen war in einer Volksversammlung verübt worden.

Industrie und Gewerbe.

Infolge Verhandlungen mit dem Fabrikinspektor machten die Fabrikanten in Mannheim die Zusage, von weiteren Arbeiterentlassungen absehen zu wollen, falls die wirtschaftliche Lage sich nicht ganz bedeutend verschlechtert.

Die Grubendirektoren des Oberbergamtsbezirks Dortmund umgingen die am 1. Januar in kraft tretende Novelle zum Berggesetz, welche vorschreibt, daß die zu erlassende Arbeitsordnung den Arbeitern zur Begutachtung vorzulegen ist, dadurch, daß sie am 15. Dezember eine einseitig aufgestellte Arbeitsordnung publizierten mit dem Bemerkten, daß dieselbe vom 31. Dezember ab Gültigkeit habe. Ein neuer Beweis, wie sehr die Herren Unternehmer das Gesetz respektieren! Nach dieser „Ordnung“ beträgt die Schichtdauer unter Tage acht Stunden von Beendigung der Seilsfahrt bis zum Wiederbeginne derselben. Die Schicht über Tage beträgt 12 Stunden einschl. zwei Stunden Ruhepause. Strafbestimmungen gibt es zwölf, danach wird u. a. in der Höhe eines Tagelohnes bestraft, wer einen Mitarbeiter oder ein Grubenpferd necht.

In der Artilleriewerkstatt in Spandau wurden bisher 900 Handwerker verschiedener Branchen entlassen. Im Feuerwerkslaboratorium wurden vor kurzem 200 Arbeiter gefündigt.

Vereine, Kassen usw.

Am 1. Januar tritt der zentralisierte Arbeitsnachweis der Gutmacher ins Leben.

Der Vorstand des Verbandes deutscher Bergarbeiter scheidet mit dem 1. Februar von Gelsenkirchen nach Bochum über, desgleichen das bisher in Wattenscheid hergestellte Verbandsorgan.

Am 11. Januar wird in Hannover der sogenannte Welfenprozeß verhandelt werden. Buchdruckereibesitzer

Jacob und 64 Genossen sind beschuldigt, sich gegen das Vereinsgesetz vergangen zu haben. Die welfischen Vereine, denen die Beschuldigten angehören, sind nach der Anklage politischer Natur und dem Gesetze zuwider mit einander in Verbindung getreten.

Gestorben.

In Erlangen am 9. Dezember der Invalide Georg Paulus, 60 Jahre alt — Lungenlähmung.

Briefkasten.

B. in Berlin: Wenn es die Verhältnisse gestatten, erscheint es. Besten Dank. — St. in Dresden: Nr. 51 leider vergriffen. — St. in München: Für nächstes Jahr nicht erschienen. Als Ersatz offerieren Engelmanns Kalender für 2,20 Mk. — H. in Breslau: 40 Stück. — S. in Brandenburg: Es wird vor Ende nächsten Monats nicht möglich sein.

Vereinsnachrichten.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu senden):

In Ansbach der Seiger Karl Riedle, geb. in Schellenberg 1875, ausgel. in Biechtach 1890; war noch nicht Mitglied. — Fr. Frieß, D 135 a.

In Frankfurt a. O. der Seiger Paul Nickemann, geb. in Cüstrin 1873, ausgel. das. 1891. — Max Lövy, Tuchmacherstraße 73.

In Ludwigsburg der Seiger Karl Spanbacher, geb. in Schornborn 1871, ausgel. das. 1889; war noch nicht Mitglied. — K. Knie in Stuttgart, Rosenstr. 37, Hths. 1.

In Rauen der Seiger Theodor Teske, geb. in Berlin 1871, ausgel. das. 1889. — In Potsdam der Seiger Bernhard Wilhelm, geb. in Wien 1872, ausgel. in Berlin 1890; waren noch nicht Mitglieder. — Emil Simon, Brandenburg a. H., Werberstr. 4 a.

Zentral-Invalidentasse.

Um Einbindung der Ausstattsbücher des Seigers Richard Zinner aus Schlaggenwald (7548) und des Druckers Fritz König aus Connewitz (19057) ersucht der Unterzeichnete. Ferner werden die Herren Gau- und Bezirkskassierer gebeten, die Nummern für neu-eingetretene Mitglieder erst dann einzuzuholen, wenn diese mindestens den ersten Wochenbeitrag bezahlt haben. In den Hauptbüchern stehen sehr viele verzeichnet, die sich zwar anmeldeten, aber später keine Beiträge leisteten, so daß deren Aufnahme annulliert werden mußte.

Stuttgart, Merzstraße 5 a.

F. Arndts.

Buchdruckerei mit Formularmagazin, zwei Mal wöchentlich ersch. Blatt und guter Accidenzdruck ist für den billigen, aber festen Preis von 7000 Mark bar bald zu verkaufen. Offerten unter Nr. 378 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Für Neujahr soll besonderer Umsätze wegen aus freier Hand eine

Buchdruckerei

verbunden mit Buch-, Schreibmaterialien- und Papierhandlung und Formularverlag verkauft werden. Reingewinn bis Mitte Oktober über 3500 Mark. Geschäft konkurrenzlos, in einem schönen Marktsiedeln des bayr. Waldes, das Blatt erscheint wöchentl. drei Mal. Nur für Kathol. geeignet. Kaufpreis 14000 Mk. einschl. des Warenlagers im Werte von 2500 Mk. Anzahlung die Hälfte, bei Barzahlung bedeutend billiger. Geschäft ist sehr erweiterungsfähig. Offerten unter J. R. 379 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Erster Accidenzseker

in den besten Geschäften Berlins lange Jahre thätig, jetzt Leiter einer mittlern Druckerei, sucht sich zu verändern. Werte Off. unter A. 1 Postamt 58, Berlin.

Junger, tüchtiger Accidenzseker

sucht Stelle in einer größern Accidenzdruckerei. Schriftproben stehen zur Verfügung. Offerten unter C. W. 500 postlagernd Nürnberg erbeten. [369]

Ein tüchtiger Buchdrucker

Mitte 30er, sucht Stellung als Korrektor, Metteur oder Redaktionsgehilfe. Offerten sub O. 55 postlag. Chemnitz erbeten. [389]

Junger Schriftseker

militärfrei, sucht sofort Kondition. Offerten sub W. R. postl. Müllers-Reg. [371]

Junger, flotter Seker

sucht zum 2. Januar 1893 Stellung. Off. an Schriftl. G. Müller, Rawitsch, Kirchstr. 392, erbeten. [393]

Herausg.: E. Döblin, Berlin. Verantw. Redaktion: A. Gash; Geschäftsstelle: R. Härtel, beide Leipzig-Reudntz, Konstantinstr. 8. Druck: Rabeli & Hille, Leipzig.

Zu Weihnachtsgeschenken

eignen sich die Werke aus dem graphischen Verlage von **Alexander Waldow, Leipzig.** — Kataloge sofort gratis und franko.

Als praktische Weihnachtsgeschenke empfiehlt:
 Patent-Selbstregistrierende Brief-Ordner à 3,50—4,50.
 Urkunden-Ordnungen-Mappen à 3,75 und 4,25.
 Eleg. Corr.-Sammelmappen à 2,25 (1 Jahrg. fass.),
 Solbst-Prospekt gratis. Bald. Oehme, Leipzig, Revier 33.

Buchdruckerei-Einrichtungen

Mit den praktischsten Maschinen, Schriften, Utensilien usw. liefert, gewissenhaft zusammengestellt ohne jede Verschwendung, in kürzester Zeit und bei bekannter reeller Bedienung das Poligr. Magazin

Paul Härtel, Maschinenwerkstatt und Fach-tischlerei, Leipzig, Inselftr. 8.
 Komplett-Einrichtungen stets am Lager.

Reinigungs-Pasta!

Bestes, billigstes und bequemstes Mittel zur Reinigung der Formen, Walzen usw. Entfernt jede Spur von Farben, Fett, Oel, ohne in irgend welcher Weise schädlich auf Schrift oder Walzenmasse einzuwirken. In vielen Buchdruckereien im Gebrauche.
 Gutenbergs-Haus Franz Franke, Berlin W 41.

Kommission für Tarifangelegenheiten Leipzigs.

Der Vorsitzende Paul Seidel ist jeden Abend von 7 bis 1/2 9 Uhr in der Wohnung (Leipzig-Reudntz, Vorwitzstraße 21, III) zu sprechen; die regelmäßigen Sitzungen finden jeden Donnerstag im Restaurant Posthörndchen, Querstraße, statt. — Die Kassenabende der Kommission finden Montags und Donnerstags von 7 Uhr ab ebenfalls im Restaurant Posthörndchen statt.

Junger, tüchtiger Maschinenmeister sucht zum 2. Januar 1893 Stellung. Offerten an J. Sablitz, Rawitsch, Kirchstr. 392, erb. [392]

Maschinenmeister-Verein

Heute Dienstag den 20. Dezbr. abends 9 Uhr: Vereinsversammlung in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20.
 Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. — Alle Kollegen (V.-M.) sind hierzu freundlichst eingeladen. [390]
 Mit toll. Grüße Der Vorstand.



Berliner Typographia
 Sonntag den 1. Januar, abends 6 Uhr, in Schmiedels Festhällen (Alte Jakobstraße)

Weihnachts-Festen.

Um zahlreiche Beteiligung der Mitglieder und deren Angehörigen ersucht
 Der Vorstand.

Die Anmeldungen der am Feste teilnehmenden Kinder (Vor- und Zunamen sowie Alter) werden bis spätestens Donnerstag den 22. Dezember im Vereinslokale (Fischerstr. 25) entgegen genommen. [381]

Nächste Übungsstunde Donnerstag.